

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann :

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Kauffold. Ich bitte jetzt als nächsten Redner Herrn Scheringer von der Fraktion der PDS ans Rednerpult.

Scheringer (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Berufskollegen zu Hause! Glaubt man der Selbstdarstellung der Regierung und ihres Verhandlungsführers, Herrn Dr. Krause, liegt ein guter Vertrag auf dem Tisch des Hohen Hauses. Darüber könnte man lächeln, wäre diese Angelegenheit nicht so bitter ernst. Immerhin geht es um die Zukunft von Millionen in diesem Land.

Ich persönlich lehne diesen Vertrag ab, weil er mich in fataler Weise an das Diktat eines Eroberers gegenüber den Besiegten erinnert.

(Unruhe bei der Fraktion CDU/DA)

Aus der Sicht eines Bauern und Vorsitzenden einer LPG, der sich verantwortlich gegenüber seinen Mitgliedern fühlt, muß ich betonen: Der Vertrag enthält weder das Machbare noch das mindestens Notwendige.

(Unruhe im Saal)

• Zweifellos werden mir die Kollegen aus den anderen Fraktionen zustimmen, daß die PDS im Landwirtschaftsausschuß konstruktiv - natürlich aus der Sicht der Opposition - an vielfältigen Gesetzen mitgewirkt hat. Und nun stellt sich heraus, daß nicht ein einziges von diesen Gesetzen, die hier im Parlament zur Landwirtschaft verabschiedet wurden, uneingeschränkt weitergeltendes Recht bleibt. Ich frage: War unsere gemeinsame Arbeit so wenig wert?

Meine Kritik am Einigungsvertrag bezieht sich vor allem darauf, daß - von Einzelregelungen abgesehen - nirgendwo komplexe mehrjährige Übergangsregelungen zur Herausbildung eines funktionsfähigen Marktes für Agrarerzeugnisse und Nahrungsgüter auf dem Territorium unserer fünf Länder festgeschrieben wurden. Auch hier wurde der Wille der Volkskammer brüskiert; denn es sei daran erinnert, daß ein entsprechender Antrag meiner Partei am 24. August von allen anwesenden Abgeordneten einstimmig, also ohne Gegenstimme und ohne Stimmenthaltung, gebilligt wurde.

Ich habe auch große Zweifel, ob das agrarpolitische Konzept der rigorosen Absenkung der Agrarproduktion das Richtige ist. Denn was im vereinten Deutschland bei den Agrarerzeugnissen -entsprechend unseren klimatischen Bedingungen als effektiv produzierbar vorgesehen ist, ist weniger, als auf dem deutschen Binnenmarkt verbraucht wird. Hier werden also bäuerliche Interessen den Interessen großer Industriekonzerne geopfert.

Viel war in der Vergangenheit die Rede von der Drehscheibenfunktion West-Ost. Auch wenn die osteuropäischen Staaten zur Zeit Zahlungsschwierigkeiten haben, wäre es meines Erachtens eine weitsichtige Politik, auf Agrarexporte in Richtung Osten zu setzen; denn jeder Sachkundige weiß, daß die Sowjetunion und andere ihre Lebensmittelprobleme aus eigener Kraft nicht in wenigen Jahren lösen können.

Und nebenbei bemerkt: Es ist nicht vorgesehen, das Gesetz, das unsere Partei zum Vertrauensschutz vertraglicher Verpflichtungen gegenüber den RGW-Ländern vorbereitet hat, noch auf die Tagesordnung unserer Volkskammer zu setzen. Hier wären auch auf dem Agrarsektor Möglichkeiten gewesen.

Mich bewegt diese Problematik der Höhe künftiger Agrarproduktion auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern. Dieses Land lebt vor allem von der Landwirtschaft. Es ist darauf angewiesen, bedeutend mehr zu produzieren, als seine 1,9 Millionen Einwohner verbrauchen. Mecklenburg-Vorpommern hat im Vorjahr von den elf Ländern 11 % der Berufstätigen und 6,8 % der industriellen Warenproduktion, aber 20 bis 25 % der Agrarpro-

duktion gehabt. Mit dem Erhalt der Landwirtschaft sind damit grundlegende soziale Fragen verbunden. Nicht zuletzt ist die Landwirtschaft auch ein wichtiger Absatzmarkt für die Industrie und gibt somit auch Tausenden Arbeitern Beschäftigung und Einkommen. Angesichts dieser Überlegungen halte ich es für unanständig, den Genossenschaften vorzuwerfen, sie produzierten zuviel.

Zur Bodenreform ist einiges gesagt worden. Unsere Partei hat sich dafür von Anfang an eingesetzt, aber es ist zu verzeichnen,...

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Ullmann: Gestatten Sie eine Zwischenfrage?)

Zum Schluß bitte, wenn es möglich ist.

Aber gegenwärtig haben wir zu verzeichnen, daß bundesdeutsche und andere westliche Konzerne zum Kauf bzw. zur Pachtung großer Flächenkomplexe angetreten sind. Mir sind Fälle bekannt, wo 2 000 bis 30 000 Hektar gesucht werden. Und nun streicht man auch noch den Absatz 3 des § 53, von dem auch Herr Kauffold gesprochen hat, der ja das befristete Veräußerungsverbot regelt.

Übrigens darf ich hier noch einmal die jüngste agrarpolitische Broschüre des Bundeslandwirtschaftsministeriums zeigen. Dort wird auf den Seiten 6 und 8 genau der Grundsatz, der im Vertrag gestrichen ist, ausdrücklich hervorgehoben. Da frage ich mich, wie verhandelt wurde. Ich habe den Verdacht, daß diese Streichung von der DDR-Seite gegen die Interessen unserer Menschen inszeniert wurde.

Im Vertrag wird nichts gesagt, was nach dem 3. Oktober mit den bei uns geltenden Marktordnungen passiert. Ihr Wegfall wäre eine Katastrophe, denn sie enthalten 48 von den EG-Marktregeln abweichende Regelungen. Unsere Länderspezifika braucht Übergangszeit, die man im Einigungsvertrag nicht aussparen kann. Wir treten ja als DDR nicht der EG, sondern der BRD bei.

Nehmen wir das Problem der Entschuldung. Auch hier wird offensichtlich: Es fehlt am politischen Willen der Verantwortlichen in Bonn und Berlin, den Genossenschaften gute Startbedingungen für ihre Umstrukturierung und damit zum Erreichen ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu geben. Zwar wurden die Verbindlichkeiten 2 :1 abgewertet, aber die Eröffnungsbilanzen zeigen, daß das produktive Vermögen zum Teil 4 :1 oder gar 5 :1 abgewertet wurde. Hinzu kommt, daß die Kreditzinsen sich verdoppeln, bei Vorzugskrediten sogar vervierfachen. Ich brauche das nicht zu kommentieren. Aber es ist schade, wenn Gesetze aus der Modrowzeit nicht mit in die Bundesrepublik übernommen werden.

(Gelächter bei CDU/DA und DSU)

Aber, meine Damen und Herren, auch wenn Sie lachen: Es ist schon bedauerlich, wenn noch nicht einmal die eigenen Gesetze, die wir hier bestätigt haben, mitgenommen werden.

Was die Landwirtschaftsbetriebe brauchen, ist eine Streichung der Altschulden aus Mitteln des Haushalts, mindestens jedoch eine mehrjährige Aussetzung der Zins- und Tilgungsverpflichtungen und deren Übernahme durch den Haushalt; denn die Guthaben in den Genossenschaften sind aufgebraucht.

Eine sehr wichtige Frage, die mit der Anpassungszeit zusammenhängt, sind natürlich die ganzen sozialen Probleme. Ich möchte mich jetzt nicht weiter darüber auslassen, ich möchte nur noch einmal darauf verweisen, daß für deren Durchsetzung auch die Länder gebraucht werden. Und darin liegt der geschichtliche Fehltritt dieses Vertrages. Vor dem Anschluß wären die Länder notwendig gewesen, eigenständige Länder mit einer modernen, vom Volk getragenen Verfassung. Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der PDS)